

Beilage 858/2006 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

In Reaktion auf jüngst bekannt gewordene hochriskante Spekulationsgeschäfte österreichischer Banken wird die Landesregierung ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass

1. die Hintergründe dieser Geschäfte lückenlos aufgeklärt werden;
2. im Zuge dieser Erhebungen auch geprüft wird, ob darüber hinaus Maßnahmen erforderlich sind, die dazu beitragen, in Hinkunft Schaden für den Finanzplatz Österreich zu verhindern und dessen Integrität im In- und Ausland abzusichern.

Begründung:

Für Oberösterreich als führendes Wirtschaftsbundesland ist das nationale und internationale Ansehen heimischer Banken von besonderer Bedeutung. Jüngst bekannt gewordene Vorfälle schaden dem Finanz- und Wirtschaftsstandort Österreich. Für das Ansehen und die Wiederherstellung des Vertrauens ist eine konsequente und lückenlose Aufklärung erforderlich. Im Zuge dessen soll die Bundesregierung auch prüfen, inwieweit Maßnahmen gesetzt werden können, um solche Vorkommnisse künftig wirksam zu verhindern.

Linz, am 3. April 2006

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Stelzer, Hingsamer

Gegenständlicher Antrag wurde noch unterstützt von:

**Orthner, Kiesel, Schürrer, Eisenrauch, Brunner, Hüttmayr,
Steinkogler, Brandmayr, Jachs, Lackner-Strauss, Bernhofer, Mayr,
Stanek, Ecker, Gumpinger, Weixelbaumer, Entholzer, Aichinger,
Frauscher, Pühringer, Schillhuber, Weinberger**

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Wageneder, Hirz, Eisenriegler, Trübswasser, Schwarz